

XXIV. GP.-NR

2654 /J

- 9. Juli 2009

ANFRAGE

des Abgeordneten Mag. Roman Haider
und weiterer Abgeordneter
an den Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend
betreffend Insolvenzen in der Tourismuswirtschaft

Die Creditreform Mittelstandsanalyse für das Frühjahr 2009 ergab für die heimische Tourismuswirtschaft ein besorgniserregendes Bild. Aus der Umfrage ging hervor, dass weniger als die Hälfte aller Betreiber von Beherbergungsbetrieben und Gaststätten die momentane Geschäftslage ihrer Betriebe als „Sehr Gut“ bzw. „Gut“ bezeichnen. Niemand hat die Konjunkturlage in der Tourismusbranche als „Sehr Gut“ bezeichnet. Knapp 53 Prozent der Betreiber von Beherbergungsstätten und ein Drittel der Wirte gaben an, dass der Auftragseingang gegenüber Herbst 2008 rückläufig ist. Noch schlimmer sieht es im Bereich des Umsatzes und der Erträge aus, knapp 62 Prozent der Besitzer von Gaststätten und etwa 47 Prozent jener von Beherbergungsbetrieben haben mit gesunkenen Erträgen zu kämpfen. Dies ist besonders dramatisch, da die Eigenkapitalausstattung der meisten touristischen Unternehmen ohnehin gering ist. Umsatz- und Ertragseinbrüche müssen für diese mittelfristig umso bedrohlicher sein. Über 40 Prozent der Befragten rechneten auch für die nächsten beiden Quartale mit mangelhafter Nachfrage nach touristischen Dienstleistungen. Diese pessimistischen Erwartungen scheinen sich leider auch zu bewahrheiten: seit dem Jahr 2006 ist die Anzahl der Insolvenzen um mindestens 15,7 Prozent gestiegen, im ersten Quartal 2009 sogar um 27,1 gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die Bankinstitute betreiben restriktive Politik bei der Kreditvergabe; Kreditzinsen werden erhöht und gleichzeitig mehr Sicherheiten verlangt. Es stellt sich die Frage, woher die Tourismusindustrie im Angesicht teilweise unerfreulicher Prognosen für die nähere Zukunft diese nehmen soll. Die derzeitige Politik der Finanzinstitute gefährdet den Weiterbestand vieler kleiner und mittlerer Familienbetriebe und die Sicherheit tausender Arbeitsplätze.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichnenden Abgeordneten an den Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend folgende

ANFRAGE

1. Was hat das Bundesministerium seit den Jahr 2006 unternommen, um dem Anstieg der Insolvenzen entgegenzuwirken?
2. Wie erklären Sie den sprunghaften Anstieg der Insolvenzen, bereits vor dem Beginn der Krise?
3. Gibt es Prognosen über die Anzahl der zukünftigen Insolvenzen?
4. Wenn ja, wer hat diese erstellt und was sagen sie voraus?

5. Wie hat sich die Eigenkapitalstruktur der heimischen Tourismusbetriebe in den letzten fünf Jahren entwickelt (aufgeschlüsselt nach Betriebsgröße)?
6. Was wurde unternommen um den Eigenkapitalanteil der Tourismusbetriebe zu erhöhen?
7. Welche Folgen wird Basel II für die heimische Tourismusindustrie haben?
8. Welche Bonität besitzen die heimischen Tourismusbetriebe (aufgeschlüsselt nach Betriebsgröße)?
9. Wie planen Sie die Tourismusbetriebe mit Liquidität zu versorgen, damit diese notwendige Investitionen tätigen können?
10. Wie viele Arbeitsplätze sind seit 2006 durch Insolvenzen von Tourismusbetrieben verlorengegangen?

Hansjörg Denk
Hansjörg Denk (Unterw.)
Hansjörg Denk (Unterw.)
Hansjörg Denk (Unterw.)
Wien am
18. Juli 2009